



Dienstag, 10. Februar 2026, 13:00 Uhr
~7 Minuten Lesezeit

Der fällige Kahlschlag

Im März entscheidet die Schweiz über eine deutliche Senkung der Rundfunkgebühren. Die Gegner der Vorlage setzen in der Abstimmungskampagne auf Panikmache – bislang mit spürbarer Wirkung.

von Michael Straumann
Foto: Michael Derrer Fuchs/Shutterstock.com

In fünf Wochen stimmen die Schweizer Bürger über die „Halbierungsinitiative“ ab. Sie fordert einen radikalen Schnitt bei den Rundfunkgebühren: Statt 335 Franken

sollen Haushalte künftig nur noch 200 Franken pro Jahr bezahlen – Unternehmen würden ganz von der Abgabe befreit. Formell ist die „Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft“ (SRG) ein privater Verein. In der Praxis jedoch agiert sie wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland. Die Finanzierung erfolgt obligatorisch: Jeder Haushalt zahlt – unabhängig davon, ob er das Angebot nutzt oder nicht. Eingetrieben werden die Gebühren von der Firma „Seraf“. International gilt die Schweiz als

Spitzenreiterin

(<https://winfuture.de/infografik/20917/Rundfunkgebuehren-im-Laendervergleich-1566914018.html>), was die Höhe der geräteunabhängigen Rundfunkgebühren betrifft.

Seit Jahren nimmt der Unmut über das SRG zu. Er entzündet sich

an zwei Punkten: an der Höhe der Gebühren und an der internen Funktionsweise der Senderanstalt. Trotz wiederholter Sparversprechen wachsen die Ausgaben kontinuierlich weiter. Seit 2007 ist die Zahl der Mitarbeiter von rund 6'000

(https://www.srgssr.ch/fileadmin/dam/timeline/PDF/PDF_Geschaeftsberichte/2007_Geschaeftsbericht_SRG_SSR.pdf) auf über

7'100 (<https://www.srgssr.ch/de/wer-wir-sind/organisation/unternehmen#:~:text=Mit%20rund%207200%20Besch%C3%A4ftigten%20beziehungsweise,elektronische%20Medien%20in%20der%20Schweiz>) gestiegen. Allein im Jahr 2024

legten die Betriebskosten um 39 Millionen Franken

(<https://www.watson.ch/schweiz/analyse/539732198-srg-kuendigt-einsparungen-an-dann-erhoeht-sie-die-zahl-ihrer-mitarbeiter>) zu. Zwar stellte SRG-Generaldirektorin Susanne Wille

Einsparungen von 270 Millionen Franken bis 2029

<https://www.20min.ch/story/kosten-steigen-srg-verspricht-sparen-doch-personalbestand-erreicht-rekordhoch-103327900>) in Aussicht. Vieles spricht dafür, dass es sich dabei vor allem um ein politisches Manöver handelt, um der Halbierungsinitiative den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Denn Reformversprechen gehören beim SRG seit Jahren zum festen Repertoire. Bereits Armin Walpen, Roger de Weck und Gilles Marchand **kündigten Sparrunden und Strukturreformen an** (<https://insideparadeplatz.ch/2024/12/26/srg-glaenzt-mit-leeren-versprechen-job-aus-statt-abbau/>). Geblieben ist es bei Ankündigungen – die Personalkosten steigen weiter.

Gleichzeitig verschärft sich die Kritik an der inhaltliche Ausrichtung des Rundfunkprogramms. Seit Jahren wird dem SRG politische Einseitigkeit vorgeworfen. Kritiker monieren, dass unbequeme Themen ausgeblendet und abweichende Positionen nicht nüchtern eingeordnet, sondern systematisch diskrediert werden.

„Sowjetisierung“ der Berichterstattung

An Beispielen mangelt es nicht. So schwieg das Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) wochenlang zu den EU-Sanktionen gegen die Schweizer Staatsbürger Jacques Baud und Nathalie Yamb. Nach der Erschiessung des amerikanischen Politaktivisten Charlie Kirk wurde dieser als **„rechtsextremer Influencer“** (<https://weltwoche.ch/daily/mord-an-charlie-kirk-wie-srf-das-attentat-auf-den-konservativen-verhoehnt-und-verharmlost/>) diffamiert; zugleich machte das SRF Donald Trump für das gesellschaftliche Klima in den USA verantwortlich, das zum Mord beigetragen habe.

Auch über die “Twitter Files“ berichtete der Sender erst mit erheblicher Verzögerung. Zwar wurden Kontakte zwischen den US-Behörden und Twitter erwähnt, mögliche politische Einflussnahme auf Inhalte blieb jedoch weitgehend ausgeklammert. 2024 rügte die Unabhängige Beschwerdeinstanz (UBI) das SRF zudem, weil es über die **Veröffentlichung der deutschen RKI-Protokolle**

(<https://www.tagesanzeiger.ch/rki-protokolle-srf-fuer-unterlassene-berichterstattung-geruegt-247054564194>)

geschwiegen hatte. Swissinfo, ein Kanal des SRG, suggerierte in einem Artikel, eine Mehrheit der Bürger befürworte eine

Annäherung der Schweiz an die NATO

(<https://www.swissinfo.ch/ger/aussenpolitik/eine-mehrheit-der-schweizerinnen-will-n%C3%A4her-an-die-nato-mit-klaren-einschr%C3%A4nkungen/82692308>) – obwohl **Umfragen**

(<https://www.news.admin.ch/newsd/message/attachments/86738.pdf>) das Gegenteil nahelegen.

Ähnlich wie in Deutschland haben die öffentlich-rechtlichen Journalisten in der Schweiz ein Faible für grüne Politiker. So zeigt eine **Analyse der “Weltwoche“** (<https://weltwoche.ch/daily/5-jahre-sandro-brotz-welche-politiker-haben-der-srf-moderator-und-sein-team-am-meisten-in-die-arena-eingeladen-gleich-vorweg-die-gruenen-belegen-platz-eins/>), dass in der SRF-Sendung “Arena“ Vertreter der Grünen im Vergleich zu anderen Parteien überdurchschnittlich häufig eingeladen werden. Auch in gesellschaftspolitischen Fragen folgt das SRG unverkennbar dem Zeitgeist. So erklärte das SRF, das Publikum wünsche sich **mehr gendergerechte Sprache**

(https://www.blick.ch/politik/kehrtwende-bei-der-srf-kritik-ploetzlich-beschweren-sich-die-zuschauer-ueber-mangelndes-gendern-id19665283.html?utm_campaign=blick-page-post&utm_content=article-fresh&utm_medium=social&utm_source=twitter&utm_term=cde-twitter-fresh-articles-1045) – obwohl entsprechende **Befragungen** (<https://www.20min.ch/story/nur-fuenf-prozent-der-schweizer->

[nutzen-den-genderstern-368159950461](https://www.tvinfo.de/fernsehprogramm/1731721434-einstein)) diese Annahme nicht stützen. Beim Thema Klima zeigt sich ein ähnliches Muster: In einer Ausgabe der Wissenschaftssendung “Einstein“ wurde “Klimaskepsis“ als **psychologisches Defizit** (<https://www.tvinfo.de/fernsehprogramm/1731721434-einstein>) eingeordnet.

Die Liste liesse sich endlos fortführen. Für Kritiker des SRG sind dies keine Einzelfälle. Meinungen jenseits des rot-grünen Overtonfensters werden systematisch ignoriert oder abgewertet. Dass diese Wahrnehmung nicht nur von aussen stammt, zeigt eine Aussage von Stefan Klapproth, dem früheren Moderator der SRF-Sendung “10 vor 10“. In einem Interview mit der “Neuen Zürcher Zeitung“ sprach er von einer **“Art Sowjetisierung“** (<https://www.nzz.ch/feuilleton/stephan-klapproth-im-gespraech-ld.1883988>), die beim SRG Einzug gehalten habe.

Unabhängige Berichterstattung – nur durch Zwangsgebühren?

Diese Entwicklung bildete den Nährboden für die Halbierungsinitiative. Offiziell trägt die Volksinitiative den Titel **“Zweihundert Franken sind genug!“** (<https://srg-initiative.ch/>). Sie wurde 2022 lanciert; 2023 wurden die Unterschriften eingereicht. Getragen wird die Initiative von rechtsbürgerlichen Kreisen.

Die Gegner der Initiative sind der Ansicht, Qualitätsjournalismus sei ohne Gebühren nicht überlebensfähig. Dieses Argument greift zu kurz. Qualitätsjournalismus existierte in der Schweiz lange vor der SRG. Seriöse Berichterstattung gibt es auch heute in Medienunternehmen, die ohne obligatorische Gebühren auskommen.

Dort wirken ökonomische Anreize: Wer sein Publikum enttäuscht, verliert es. Beim SRG hingegen war dieser Druck bislang gering. Die Gebührengelder flossen unabhängig von Akzeptanz oder Qualität der Berichterstattung. Anderen Medienunternehmen droht bei unzufriedenen Kunden die früh oder später die wirtschaftliche Existenz – beim öffentlich finanzierten Rundfunk fehlt dieses Korrektiv weitgehend.

Das bedeutet nicht, dass privat finanzierte Medien zwangsläufig besseren Journalismus liefern, wie ein Blick auf die heutige Mainstream-Medienlandschaft zeigt. Die Anreizstruktur wirkt jedoch in diese Richtung. Gerade deshalb ist eine klare Trennung zwischen Staat und Medien zentral.

Social Media als Fake-News-Schleuder

Ein weiteres Argument der Gegner der Initiative lautet, das SRG sei das letzte Bollwerk gegen Fake News. Doch diese Behauptung hält einer genaueren Betrachtung kaum stand. Wie die eingangs erwähnten Beispiele zeigen, wurde auch das SRG wiederholt der Verbreitung von Falschinformationen oder zumindest einseitiger Berichterstattung überführt. Allein den “bösen“ Social-Media-Plattformen die Verantwortung für Falschnachrichten zuzuschieben, ist daher intellektuell unredlich. Fake News und Propaganda sind kein Alleinstellungsmerkmal der Digitalplattformen.

Zudem stellt sich die Frage, ob sich die Kritik der Gegner überhaupt in dieser Schärfe gegen Social Media richten würde, hätte nicht Elon Musk Twitter übernommen und das Overton-Fenster auf X erweitert. Wären sie ebenso kritisch, wenn das Zensurregime, wie es während des Corona-Ausnahmezustands gegolten hat, unverändert fortbestanden hätte?

Darüber hinaus zeugt diese Sichtweise von einem **“waschechten Paternalismus“** (<https://schweizermonat.ch/seniorensender-srg-als-retter-der-demokratie/>), wie Giuseppe Gracia – Herausgeber des “Schweizer Monat“ – in seiner Kolumne “Advocatus Diaboli“ zu Recht festhält. Die Gegner der Halbierungsinitiative unterstellen den Bürgern mangelnde Mündigkeit: Sie trauen ihnen nicht zu, sich im Dickicht der Informationen im Internet selbstständig zurechtzufinden. Stattdessen brauche es eine staatlich akkreditierte Sendeanstalt, die Informationen vorsortiert, einordnet und festlegt, was als korrekt zu gelten hat. Dass das Programm des SRG von immer weniger jungen Menschen genutzt wird, muss dabei kaum eigens erwähnt werden. Das Durchschnittsalter des Publikums liegt bei **63 Jahren** (<https://www.tagesanzeiger.ch/halbierungsinitiative-srg-im-check-das-muessen-sie-wissen-256191399841>) – nicht ohne Grund wird das SRF bisweilen als “Seniorensender“ bezeichnet.

Letztlich geht es dem SRG und seinen Apologeten nicht um die Verteidigung eines unabhängigen und ausgewogenen Journalismus. Vielmehr geht es um die Wahrung der eigenen Deutungshoheit – und um den Erhalt jener finanziellen Mittel, die nötig sind, um diese Deutungshoheit zu verteidigen.

Kein „Service public“ ohne Gebühren?

Das dritte zentrale Argument gegen die Halbierungsinitiative lautet, der Rundfunk – in der Schweiz ist vom “Service public“ die Rede – lasse sich mit einer Halbierung der Gebühren nicht mehr finanzieren. Die SRG warnt vor einem **Kahlschlag** (<https://www.tagesanzeiger.ch/senkung-der-tv-gebuehren-900-stellen-weg-srg-warnt-vor-job-kahlschlag-616967262396>): Bis zu 290 Millionen Franken müssten eingespart, rund 900 Stellen gestrichen werden. Susanne Wille, Generaldirektorin der SRG,

spricht gar von einem existenziellen Angriff: „Die Initiative will die **SRG kaputt machen** (<https://www.20min.ch/story/medienpolitik-schweiz-srg-sieht-ihre-existenz-bedroht-103484071>).“

Zur Begründung verweist die SRG auf ihren gesetzlichen Auftrag, ein umfassendes Angebot aus Information, Kultur, Unterhaltung und Sport bereitzustellen. „Zu behaupten, man könne mit der Hälfte des Geldes das Gleiche leisten, ist unredlich“, so Wille.

Auch Albert Röstli, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation, versuchte im Vorfeld der Abstimmungskampagne **gegenzusteuern** (<https://www.persoenlich.com/medien/nationalrat-sagt-nein-zur-srg-initiative>). Er kündigte an, die Gebühren bis 2029 schrittweise auf 300 Franken zu senken und kleinere Unternehmen zu entlasten.

Doch damit ist die grundsätzliche Frage nicht beantwortet: Weshalb sollen Bürger für ein Angebot bezahlen, das sie selbst nicht nutzen? Und weshalb braucht es dafür staatlicher Zwang? Zumal andere Länder mit einem Bruchteil der Schweizer Rundfunkgebühren auskommen – ohne dass deren Rundfunkprogramme sichtbar schlechter wären. Vom Untergang des “Service public” zu sprechen, wirkt vor diesem Hintergrund deutlich überzogen.

Die Gegner haben das Momentum auf ihrer Seite

Im Oktober lagen die **Umfragenwerte** (<https://www.20min.ch/story/serafe-gebuehren-srg-muss-zittern-mehrheit-will-fuer-halbierungsinitiative-stimmen-103431196>) noch zugunsten der Halbierungsinitiative. Einer Erhebung des Umfrageinstituts “LeeWas” zufolge hätten damals 53

Prozent der Stimmberechtigten der Initiative zugestimmt, 44 Prozent lehnten sie ab.

Inzwischen hat sich das Blatt gewendet. Die **erste Abstimmungsumfrage** (<https://www.blick.ch/politik/engessen-um-halbierungsinitiative-retten-die-frauen-die-srg-id21644613.html>) von “GFS Bern“ zeigt: 52 Prozent sprechen sich bestimmt oder eher gegen die Initiative aus. 46 Prozent befürworten eine Senkung der jährlichen Serafe-Gebühr auf 200 Franken pro Haushalt. Zwei Prozent sind noch unentschlossen.

Die Gegner scheinen mit ihrer Kampagne zunehmend auf fruchtbaren Boden zu stossen. Wie sich der Abstimmungstrend in den kommenden fünf Wochen weiterentwickelt, bleibt offen. Es könnten knapp werden. Für die Initianten der Halbierungsinitiative bedeutet das, dass sie einen Gang höher schalten müssen. Gelingt es ihnen nicht, ihre Kampagne zuzuspitzen und an Schlagkraft zu gewinnen, droht eine erneute Niederlage – wie bereits bei der No-Billag-Initiative vor acht Jahren.

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Beitrag erschien zuerst unter dem Titel „**Der fällige Kahlschlag**“ (<https://www.straumedia.ch/p/der-fallige-kahlschlag>) bei **StrauMedia** (<https://www.straumedia.ch>) und auf dem Portal der **Freien Akademie für Medien & Journalismus** (<https://www.freie-medienakademie.de/medien-plus/der-fallige-kahlschlag>).



Michael Straumann, Jahrgang 1998, studiert Politikwissenschaft und Philosophie an der Universität Zürich und ist Journalist und Redaktor bei der Zeitschrift **Schweizer Monat**. Zudem engagiert er sich bürgerrechtlich. Zwei Jahre lang war er als Vorstandsmitglied der Schweizer Bürgerrechtsbewegung **MASS-VOLL!** tätig. An mehreren Referenden hat er aktiv mitgewirkt, darunter im Leitungsteam des dritten Referendums gegen das Covid-Gesetz. Aktuell sitzt er im Komitee der Souveränitätsinitiative, die grundrechtswidrige internationale Verträge wie den WHO-Pandemiepakt in der Schweiz verhindern möchte. Weitere Informationen auf **StrauMedia** (<https://www.straumedial.ch/>).